

Ist das Solidarprinzip noch aufrechtzuerhalten?

Kontroverse Diskussion auf dem 25. Deutschen Krankenhaustag

Unter dem Titel „Wie man aus etwas, was sein müsste, aber nicht ist, wieder das macht, was es sein sollte – eine Generationenbilanz der GKV“ stellte sich der Ökonom Professor Dr. Bernd Raffelhüschen der Frage, ob das Solidarprinzip zukunftsfähig ist. Sein Vortrag stieß beim 25. Deutschen Krankenhaustag im Rahmen der Düsseldorfer Medica auf besonderes Interesse, denn der Direktor des Instituts für Finanzwissenschaften und Volkswirtschaftslehre an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg war kurz zuvor zum Mitglied der „Kommission für die Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme“ unter der Leitung des Volkswirtschaftsprofessors Bert Rürup berufen worden.

„Advocatus diaboli“

Als „Advocatus diaboli“ in der Rürup-Kommission erläuterte Raffelhüschen anhand der demografischen Entwicklung und der durchschnittlichen Ausgaben und Einnahmen der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), warum aus seiner Sicht das gesetzliche Versicherungssystem kein Generationenvertrag mehr ist.

Ein Generationenvertrag bestehe dann, wenn Geld von jung zu alt umverteilt werde, erklärte Raffelhüschen. Das heißt, junge Menschen zahlen mehr in das System ein, als sie herausholen. Gleichzeitig beanspruchten ältere Menschen mehr Geld, als sie hineinzahlen. Die Umverteilungssystematik bestehe derzeit nicht mehr. Denn derzeit seien allein die 14- bis 37-jährigen Nettobeitragszahler. Alle anderen Jahrgänge holten mehr aus dem System heraus, als sie hineinsteckten.

Die geringe Zahl von Nettoeinzahlern reiche nicht aus, um den Generationenvertrag aufrechtzuerhalten und die Leistungen zu finanzieren. Auch wenn die Ausgaben in den nächsten Jahren nicht steigen würden, entstünde durch den demographischen Wandel eine „Nachhaltigkeitslücke“, die rein rechnerisch bis zum Jahr 2014 eine „schwebende“ GKV-Verschuldung von 70,4 Prozent des Bruttoinlandproduktes (BIP) ausmachen werde, rechnete Raffelhüschen vor. „Dann ist das System ein Selbstbedienungsladen“, sagte der Volkswirt. Für die nächsten zehn Jahre sagte er Kassenbeiträge von 24 Prozent voraus, wenn im System nichts geschehe.

Damit es nicht dazu kommt, schlägt Raffelhüschen vor, die zahnmedizinischen Leistungen komplett aus dem Katalog herauszunehmen und eine Selbstbeteiligung von 900 Euro pro Versicherten und Jahr bewusst als Disziplinierungsinstrument einzuführen. Gleichzeitig müsse die GKV zumindest teilweise in ein kapitalgedecktes System überführt werden.

Rebscher sieht kein Einnahmeproblem

Von einem Selbstbehalt hält Herbert Rebscher, Vorstandsvorsitzender des Verbandes der Angestellten-Krankenkassen und Arbeiter-Ersatzkassen (VdAK/AEV) gar nichts. Als Horst Seehofer die Selbstbeteiligung bei Arzneimitteln eingeführt habe, seien rund zwei Millionen freiwillig Versicherte in die Private Krankenversicherung abgewandert. Ein Selbstbehalt mache nur in Verbindung mit einer allgemeinen Versicherungspflicht Sinn.

Rebscher bestritt die zurzeit vorherrschenden Auffassung, dass die



*Professor Dr. Raffelhüschen hält einen Selbstbehalt von 900 Euro pro Jahr für ein gutes Steuerungsinstrument.
Foto: Uni Freiburg.*

deutschen Sozialsysteme an die Grenzen ihrer Möglichkeiten gestoßen seien. Ohne versicherungsfremde Leistungen hätte die GKV nach seinen Worten kein Defizit und der Beitragssatz würde deutlich unter dem derzeitigen Niveau liegen. „Die Politik hat in den vergangenen Jahrzehnten die Sozialabgaben mit gesamtgesellschaftlichen Aufgaben beliehen.“ Arbeit sei seit Ende der 70er Jahre belastet worden, während diejenigen, die nicht in die Sozialsysteme einzahlen, entlastet worden seien.

Der VdAK-Chef warnte eindringlich davor, die Sozialsysteme in Deutschland schlecht zu reden, denn sie seien ein Produktivitätsfaktor, auf den die Wirtschaft – im Gegensatz zu anderen Ländern – bauen könne. Er bezweifelte auch die stabilisierende Wirkung des Kapitaldeckungsprinzips. Denn die Risikoabsicherung bleibe unabhängig davon bestehen, ob die Kosten über eine private Versicherung, die GKV oder über Steuern finanziert würden. Auch mit dem Problem der demografischen Entwicklung hätten alle Finanzierungsmodelle zu kämpfen. Mit Blick auf den derzeitigen Rückgang von Überschussbeteiligungen in der Versicherungsbranche meldete Rebscher Zweifel an, ob mit dem Instrument der Kapitaldeckung die GKV-Beiträge tatsächlich stabilisiert werden können. Sie würden vielmehr abhängig von Schwankungen der Konjunktur und des Kapitalmarktes. *Jürgen Brenn*